

// **Presseinformation** //

Verzögerung der Reduzierung von Klassengrößen an Gesamtschulen und Gymnasien ist nicht akzeptabel

Das Klemm-Gutachten erweist sich als Fehlplanung

Ab dem Schuljahr 2015/2016 sollten die Klassengrößen an der Orientierungsstufe der Gesamtschulen und Gymnasien von 28 auf 25 Schüler_innen weiter verringert werden. Das Gutachten von Prof. Klaus Klemm aus dem Jahr 2012 prognostizierte sinkende Schüler_innenzahlen. Die dadurch frei werdenden Kapazitäten sollten, so die Planung des Ministeriums, für die Reduzierung von Klassengrößen verwendet werden. Das ist nun Makulatur. Da die tatsächliche Zahl der Schüler_innen die damaligen Prognosen erheblich übersteigt, soll nun für die kommenden zwei Jahre die Reduzierung der Klassengrößen ausgesetzt werden.

„Diese Fehlplanung wird nun auf dem Rücken der Lehrkräfte und der Schüler_innen ausgetragen“, kritisierte Klaus-Peter Hammer, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Rheinland-Pfalz. „Wenn mehr Schüler_innen als erwartet an den Schulen sind, müssen auch zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden.“ Individuelle Förderung und Differenzierungsmaßnahmen können nur gelingen, wenn mehr Planstellen zugewiesen werden und die Klassenmesszahl verringert wird. Speziell die Gymnasien brauchen in Anbetracht der höheren Übergangsquote mehr Personal. „Leider berücksichtigt die Planung der Landesregierung in keiner Weise die Bedarfe der Schulen, nach wie vor wird gespart. Für die GEW ist die Reduzierung von Klassengrößen nach wie vor eine unabdingbare und wesentliche Maßnahme zu einer deutlichen Verbesserung der Rahmen- und Arbeitsbedingungen an Schulen“, so der Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer.

Die GEW macht darauf aufmerksam, dass die Problematik des benötigten Schulraumbedarfs in den Planungen nicht ausreichend berücksichtigt wurde.

In diesem Zusammenhang sei eine Überarbeitung der Schulbaurichtlinien notwendig. Die besonderen Bedarfe von großen Schulen müssten Berücksichtigung finden. Die Raummengende an den Schulen als Begründung gegen die Reduzierung der Klassenmessenzahl zu verwenden, sei deshalb ein Vorwand für weitere Einsparungen.

„Die Landesregierung kann sich nicht weiterhin darauf verlassen“, so Hammer abschließend, „dass sich das Problem der unzureichenden Ressourcen in unseren Schulen aufgrund der demografischen Entwicklung von alleine löst. Es gilt nach wie vor darauf einzuwirken, dass Bund und Länder mehr gemeinsame Anstrengungen unternehmen, damit Bildung besser ausfinanziert wird.“

Mainz, 15. Januar 2015